

Politik für Familie und Kinder

Für unsere heutige Zeit gilt aus liberaler Sicht, *Familie ist dort, wo Kinder sind*. Die sozialen Strukturen unterliegen einem stetigen Wandel: weg von den familiären Bindungen, hin zu mehr Single-Haushalten. Die Zahl Alleinerziehender steigt ständig. Den dadurch gewandelten Bedürfnissen muss Rechnung getragen werden. Der Begriff "Familie" ist daher weit zu fassen und als jede Gemeinschaft, in der Menschen miteinander leben, füreinander einstehen und in denen Kinder aufwachsen, zu verstehen. Damit sind auch gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, Alleinerziehende, Getrenntlebende sowie Nichtverheiratete mit Kindern als "Familie" anzusehen und zu respektieren. Alle diese Gemeinschaften sind gleich zu behandeln, denn es geht um die Gleichbehandlung der Kinder, nicht um die Bewertung der Lebensentwürfe der Eltern.

Unser Leitbild in der modernen Gesellschaft ist jede auf Dauer angelegte Verantwortungsgemeinschaft, in der Menschen füreinander einstehen und Verantwortung übernehmen.

Liberaler Familienpolitik spricht deshalb Familien und Verantwortungsgemeinschaften in gleichem Maße an und orientiert sich insbesondere an den Bedürfnissen der Kinder in der Familie.

Die Familie - in ehelicher wie in nicht-ehelicher Lebensgemeinschaft - muß als wichtigstes Element unserer Gesellschaft von Seiten des Staates gestärkt werden. Die Familie ist ein Stabilisator in dem sich abzeichnender demographischer Wandel hin zu einer alternden Gesellschaft. Sie ist konstitutiv für unsere Gesellschaft und braucht unsere gesellschaftliche Unterstützung. Liberaler Familienpolitik setzt darauf, die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger nachhaltig durch eine Stärkung der Familien zu fördern.

Ziel muss es deshalb sein, den Familien bessere Entfaltungsmöglichkeiten und damit bessere Zukunftschancen zu eröffnen

Die Lage der Familien ist in den letzten Jahren immer schwieriger geworden: Das Wohlstandsgefälle zwischen Familienhaushalten mit Kindern und Haushalten ohne Kinder nimmt zu, die Möglichkeiten für Familien, ihr Auskommen durch eigene Leistungen zu erzielen, werden u.a. durch unzureichende Kinderbetreuungsangebote beeinträchtigt. Die steigende Zahl von Kindern, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, ist ein Alarmsignal. Materiellen Fragen führen dazu, dass die Entscheidung für ein Kind zunehmend häufiger als unbezahlbarer "Luxus" angesehen wird. Insbesondere Alleinerziehende und junge Familien mit geringerem Einkommen bedürfen besonderer Unterstützung. Die Entscheidung für Kinder darf kein Armutsrisiko und keine Benachteiligung für die Familien darstellen.

Auch haben Familien mit Kindern auf dem Wohnungsmarkt immer noch größere Schwierigkeiten, eine geeignete Wohnung zu finden. Deutschland muss kinderfreundlicher werden.

Das viel zu hohe Ausmaß an Gewalt gegenüber Kindern, entweder durch Dritte oder innerhalb häufig überforderter Familien wird viel zu selten als Herausforderung zum Handeln für die Gesellschaft insgesamt begriffen.

Deshalb wollen wir Liberalen eine grundlegende "Erneuerung der Familienpolitik" mit einer "Familienfolgenabschätzung" bei vielen staatlichen Maßnahmen.

Diese Erneuerung wirkt auf nahezu alle Politikbereiche, um die Bedingungen für eine "Entscheidung für die Familie" zu verbessern. So müssen die Belange von Kindern vor allem aber in Schul-, Verkehrs- und Wohnungsbaupolitik stärker berücksichtigt werden.

Liberaler Familienpolitik will jungen Menschen Mut machen, sich wieder für die Familie zu entscheiden.

Dabei darf die "Innovation der Familienpolitik" nicht zu einem Zurückdrehen der erreichten Erfolge bei der Gleichberechtigung der Geschlechter führen. Vielmehr müssen die

Anstrengungen darauf gerichtet werden, dass der Grundsatz der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und die Entscheidung für die Familie beim individuellen und selbstbestimmten Lebensentwurf für Mütter und Väter in gleicher Weise vereinbar gemacht werden.

Die FDP setzt sich deshalb nachdrücklich dafür ein, daß solche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es der Familie ermöglichen, den sozialen Wandel in unserer Gesellschaft zu meistern und zugleich der Verantwortung ihren Kindern gegenüber nachzukommen. Familien sollen durch die Einbindung der Elternvertretungen als sachkundige Personen in den Kreis- und Stadtjugendhilfeausschüssen unmittelbar beitragen können.

Wir Liberalen wollen, dass Kinder wieder den Stellenwert in der Gesellschaft bekommen, der ihnen zusteht. Kinderlärm ist Zukunftsmusik.

Das gesellschaftliche und politische Engagement muss besonders jungen Familien gelten. Ihnen ist deshalb von staatlicher Seite jede denkbare und realisierbare Unterstützung zu geben.

Familie und Beruf

Insbesondere gilt dies für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter, die zu einem Anliegen beider werden muß.

Die FDP fordert ein "Bündnis für familientaugliche Arbeit":

Die Arbeitswelt benötigt mehr Freiraum für die Belange von Familien. Zur Verbesserung der Einkommenschancen von Familien ist es notwendig, verstärkt "familientaugliche" Arbeitszeitformen zu entwickeln, welche die Vereinbarkeit von Beruf und Familien für Mütter und Väter erlauben. Neben einer flexibleren zeitliche Verteilung der Arbeitsleistung sind auch mehr Teilzeitangebote notwendig, die mit vorhandenen oder zu schaffenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten harmonisieren.

Liberaler "Innovation der Familienpolitik" beachtet auch die enormen Fortschritte der Informationstechnologie, die sich künftig auf neue Beschäftigungsfelder wie der Telearbeit auswirken werden. Dies bedeutet auch eine große Chance für Familien, da auf diese Weise Arbeitsplätze entstehen werden, bei denen sich Familie und Beruf besser in Einklang bringen lassen als mit traditionellen Arbeitsformen.

Durch das von der FDP geforderte "Bündnis für familientaugliche Arbeit" sollten Modellversuche durchgeführt werden, um die Telearbeit weiter voranzubringen. Zugleich müssen die geeignete Weiterbildungsangebote entwickelt werden, um das notwendige Knowhow für Telearbeit zu schaffen.

Zum Wiedereinstieg in das Berufsleben nach familienbedingter Unterbrechung benötigen Eltern oftmals eine "Auffrischung" ihres beruflichen Wissens. Das Weiterbildungsangebot für Berufsrückkehrerinnen und Berufsrückkehrer muß sich an der Nachfrage der Unternehmen nach gut ausgebildeten Fachkräften orientieren. Die Liberalen setzen sich deshalb für effektive und berufsbezogene Wiedereingliederungsmaßnahmen auf hohem Niveau ein.

Kinderbetreuung

Familien brauchen für ihre Kinder differenzierte Betreuungsstrukturen: Kindergärten mit erweiterten Öffnungszeiten, Ganztages-Einrichtungen, Kinderhäuser mit altersgemischten Gruppen und integrativ behinderte Kinder einschließende Betreuungsangebote, wie auch Tagesmütter- und Spielkreisangebote.

Das Angebot bedarfsgerechter Kinderbetreuungsstätten auszubauen, ist eine zentrale Herausforderung zur Verbesserung der Einkommenschancen von Familien. Zudem gewinnt soziales Lernen auch in Kinderbetreuungsformen außerhalb der Familie immer stärker an Bedeutung und stellt eine Bereicherung zu den traditionellen Einrichtungen dar.

Das vorhandene Angebot an Ganztagskindergärten, Krippen- und Hortplätzen ist daher kritisch zu überprüfen.

Die Förderung der Tageseltern- und Tagesmüttervereine und der Qualifizierung von Tageseltern unterstützt einen weiteren, ergänzenden Baustein einer familienfreundlichen Struktur von Kinderbetreuungsangeboten als eine realistische Alternative. Voraussetzungen, die Tagesmutterfunktion zu einem selbständigen Beruf zu entwickeln, sind zu unterstützen, übermäßige Reglementierungen dabei jedoch abzulehnen.

Ganztageseinrichtungen zur Betreuung von Kindern müssen in angemessener Zahl geschaffen werden. Das Angebot soll Krippen, Kindertagesstätten und Schulen einschließen. Es liegt dann in der Entscheidung der Eltern, sich für Halb- oder Ganztageseinrichtungen zu entscheiden.

Die Situation berufstätiger Eltern muß bei allen Öffnungszeiten berücksichtigt werden. Flexible Arbeitszeiten erfordern gleichermaßen flexible Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen!

Eine kostengünstige und wohnortnahe Kinderbetreuung kann auch durch die Vernetzung von unterschiedlichen Angeboten, etwa durch die Einbindung nachbarlicher und privater Strukturen im Rahmen von Selbsthilfegruppen oder durch die Beteiligung von Eltern in Kooperation mit professionellen Trägern, entwickelt werden. Die Einrichtung von Betriebskindergärten ist durch flexible und vereinfachte gesetzliche Vorgaben zu erleichtern. Für kleinere Unternehmen bieten sich Kooperationsformen mit anderen Betrieben oder mit Kindergärten an.

Kooperationen zwischen privaten, betrieblichen und kommunalen Angeboten erleichtern die Finanzierung von Kinderbetreuungseinrichtungen.

Übertriebene Auflagen verhindern, dass betriebliche und private Kindergärten gebaut und unterhalten werden; darauf muss bei der Festlegung von Standards und Richtlinien verstärkt geachtet werden.

- Im Rahmen des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz (halbtags zwischen dem 3. und 6. Lebensjahr) soll Kinderbetreuung kostenlos sein. Die Kosten für die Kommunen sind im Bund-Länder Finanzausgleich zu berücksichtigen.

- Dazu muss für mehr Markt und Wettbewerb gesorgt werden. Dies wird durch Einführung der so genannten KiTa-Card erreicht. Damit wird den Eltern ihr Anspruch auf Kinderbetreuung erfüllt, ohne Zuweisung eines konkreten Kindergartenplatzes. Die Eltern übernehmen selbst die Betreuung oder suchen sich auf dem Markt der Anbieter als Nachfrager die von Ihnen gewünschte Leistung einer Betreuungseinrichtung (z.B. Tagesmütter, Elterninitiativen, freie und staatliche Einrichtungen) aus.

- Das Jahr zwischen dem 2. und 3. Lebensjahr eines Kindes ist ohne staatliche Förderung, da das einkommensabhängige Erziehungsgeld nur für die ersten beiden Jahre gezahlt wird und der Rechtsanspruch auf Kindergartenplatz erst ab dem 3. Lebensjahr gilt. Um die Betreuungslücken zwischen dem 2. und 3. Lebensjahr zu schließen, müssen die Familien finanziell so gestellt werden, dass die Betreuung in der Familie oder in geeigneten Kinderbetreuungsplätzen ermöglicht wird.

Aber auch die Erziehungsberechtigten müssen bereit sein, einen angemessenen Beitrag zu den laufenden Kosten zu leisten, damit die vorhandenen Lücken im Betreuungsangebot geschlossen werden können.

Familien-Wohnen

Jungen Familien Wohneigentum zu ermöglichen, ist ein besonderes Anliegen, denn eine kluge Eigentumpolitik ist ein Stück Familienpolitik [BaWü: Eigenheimzulagengesetz, verbessertes Baukindergeld und Förderung des Bausparens] Die Bildung von Wohneigentum erhöht die Lebensqualität, gibt Sicherheit für die Zukunft und entlastet den Wohnungsmarkt. Im Rahmen eines neuen Landeswohnungsbauprogramms ist deshalb ein deutlicher Schwerpunkt auf die Förderung des Erwerbs von kostengünstigem Wohneigentum durch junge Familien zu setzen - z.B. durch ein "Reihenhausprogramm Niedersachsen" Die Schaffung von bezahlbarem, familienfreundlichem Wohnraum ist vorrangig voranzutreiben, d.h. wir müssen uns von zu hohen Standards im Wohnungsbau verabschieden. Kosteneinsparungen durch "Normalausstattung" setzen Beschaffungskapazitäten frei. Dies gilt auch für den Mietwohnungsbau. Statt des sozialen Skandals der massenhaften Fehlbelegung im sozialen Wohnungsbau wollen wir Liberalen denen, die Hilfe brauchen über marktwirtschaftliche Anreize, das Zusammenwirken von privaten Vermietern und den Kommunen und unter anderem durch ein angepasstes Wohngeld, unbürokratisch einen bezahlbaren Wohnraum zu beschaffen

Wohnumfeld und Mobilität

Der Entfaltungsraum für Kinder in der Gesellschaft wird immer mehr eingeschränkt. Kinder brauchen mehr Lebensraum im unmittelbaren Wohnumfeld, etwa Spielplätze, Rückzugsräume etc., wobei die altersspezifisch differenzierten Bedürfnisse zu berücksichtigen sind. Bei Planung und Entscheidung über solche Plätze müssen Kinder stärker als bisher beteiligt werden.

Für die mit der Erziehung und Betreuung der Kinder beauftragten Familienmitglieder sind, insbesondere mit Kinderwägen und Rollstühlen, kurze, barrierefreie Wege in ihrem Wohnumfeld ein wichtiger Beitrag zur Erleichterung im Alltag.

Niederflurbusse, die Förderung des Öffentlichen Nachverkehrs (ÖPNV) bei gleichzeitiger effizienter Nutzung des Individualverkehrs durch Fahrgemeinschaften, Carsharing etc. tragen zu mehr Mobilität von Familien bei.

Von besonderer Bedeutung ist die Verbesserung der Sicherheit von Kindern im Straßenverkehr. Durch gezielte Verkehrserziehungs- und -aufklärungsarbeit muss die Zahl getöteter und verunglückter Kinder im Straßenverkehr weiter vermindert werden. Sicherheit im Straßenverkehr muss aber nicht nur bei den Kindern, sondern auch bei den erwachsenen Verkehrsteilnehmer ansetzen. Auch Erwachsene müssen stärker für die besondere Gefährdung von Kindern im Straßenverkehr sensibilisiert und zu einem kindgerechten Verkehrsverhalten erzogen werden. Statt einer unreflektierten flächendeckenden Ausweisung von Tempo 30 - Zonen sollte eine an Gefahrenzonen ausgerichtete punktuelle Ausweisung solcher Zonen erfolgen. Dies erhöht die Aufmerksamkeit des Autofahrers und damit die Sicherheit der Kinder am effektivsten. Für die Erhöhung der Verkehrssicherheit im Straßenverkehr, der gerade in Wohnbereichen eine große Gefahrenquelle für Kinder ist, müssen Anreize geschaffen werden. Ausgewiesene Spielstrassen sollen den Kindern wieder das Spielen vor der Haustüre ermöglichen.

Familie und Gewalt

Es gibt in vielfältiger Weise Not bei Kindern und Jugendlichen gibt. Ebenso vielfältig müssen aber die Ansätze sein, solcher Not entgegenzuwirken. Dabei müssen Ursachen, wie Drogen,

Gewalt, fehlende Zuneigung etc. ins Blickfeld genommen werden. Hier sind neben der Bundesregierung, den Ländern und den Kommunen vor allem auch Kirchen, Schulen und ganz besonders Eltern und jeder einzelne Bürger verantwortlich und zur Problemlösung aufgerufen. Das unverzichtbare Engagement des Einzelnen kann nicht durch Gesetze und staatliche Vorschriften verordnet werden.

Kinder müssen gewaltfrei erzogen werden. Das Gegenteil ist trotz der klaren Rechtslage leider immer noch in beträchtlichem Umfang Realität. Es muss deshalb stärker als bisher bei den Eltern angesetzt und ihnen verdeutlicht werden, dass weder psychische noch körperliche Strafen in der Erziehung etwas zu suchen haben. In den Köpfen der Eltern und Erziehungsberechtigten muss ein Umdenkprozess stattfinden, der durch die Politik in Gang gebracht werden muss.

Dabei ist intensive Aufklärungsarbeit insbesondere von Seiten des niedersächsischen Familienministeriums von hoher Bedeutung. Eltern müssen auch durch die Kinder- und Jugendhilfe mehr Unterstützung erhalten, wenn Probleme bei der Erziehung nur durch Gewalt lösbar scheinen. Diesem Präventivauftrag muss die Kinder- und Jugendhilfe neben der konkreten Hilfe in der akuten Situation sowohl für die Kinder als auch für die Erwachsenen gerecht werden. Dazu müssen entsprechende Mittel bereitstehen. Trotz allgemeinen Sparzwanges sind dies Investitionen in die Zukunft, die sich bezahlt machen.

Ist das Leben in der Familie für Frauen, Männern und Kindern aufgrund körperlicher und psychischer Gewalt unerträglich geworden, müssen sie einen Zufluchtsort finden können. Die Errichtung und Erhaltung verwalteter öffentlich geförderter Häuser für Frauen und Kinder, die aufgrund ihrer häuslichen Verhältnisse Schutz und Zuflucht suchen, muss weiterhin gewährleistet werden.

Die medizinische, rechtliche und psychologische Betreuung ist auf Dauer sicherzustellen, auch in der oft notwendigen Nachbetreuung dieser Frauen und Kinder in und außerhalb ihrer Familien nach Verlassen der Schutzhäuser.

Die wissenschaftliche Begleituntersuchung der Ursachen von Gewalt in der Familie muss gefördert werden.

Gleichstellungspolitik

Die FDP betrachtet Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe. Benachteiligungen einzelner Bevölkerungsgruppen ist entgegenzuwirken, um Chancengleichheit für alle zu realisieren. Unsere Gesellschaft besteht aus einem Netz unterschiedlichster sozialer Gruppierungen. Es ist nicht im Sinne der kulturellen und sozialen Entwicklung unseres Landes Gleichmacherei zu propagieren.

Quotenregelungen, bzw. die Bevorzugung bestimmter Gruppen durch Referate, Ausschüsse, Beauftragte u.ä. sind der Entwicklung zur Chancengleichheit kontraproduktiv, gehören somit abgeschafft.

Rechtsinstitut Eingetragene Partnerschaft

Die FDP setzt sich für die Schaffung des Rechtsinstitutes "Eingetragene Partnerschaft" ein, das insbesondere im Familien-, Steuer- und Sozialrecht weitgehend gleiche Rechte und Pflichten begründet wie die Ehe.

Wir wollen:

- die Erziehungsfähigkeit von Familien dadurch stärken, dass junge Menschen schon in der Schule auf die spätere Erziehungsaufgabe vorbereitet werden, und dass für junge Familien eine noch breitere Palette von Familienbildungsangeboten bereitgestellt wird;

FDP Niedersachsen, Landesfachausschuss Soziales und Gesundheit
Positionspapier zur Landtagswahl 2003

- Anreize setzen für den Ausbau familienfreundlicher Rahmenbedingungen in Betrieben und öffentlichen Institutionen;
- gemeinsam mit den Kommunen für ein bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagsbetreuung für Kinder der verschiedenen Altersstufen sorgen;
- flexible Formen der Teilzeitbeschäftigung - auch für Führungspositionen - weiterentwickeln;
- die Frauenförderung so weiterentwickeln, dass Kindererziehung das berufliche Fortkommen von Frauen nicht dauerhaft hemmt;
- Die Beschäftigung von Haushaltshilfen für erwerbstätige Frauen wesentlich zu erleichtern.
- den Wiedereinstieg in das Berufsleben stärker fördern, z.B. durch begleitende Maßnahmen während einer Familienpause und durch den Ausbau der Kontaktstellen "Frau und Beruf";
- Das Rechtsinstitut Eingetragener Lebenspartnerschaften für gleichgeschlechtliche Paare gemäß dem Gesetz-Entwurf der FDP-Bundestagsfraktion.